

## Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

### **Ablösung der zentralen städtischen Fachanwendungen, Einführung einer Standardsoftware für die einwohnendenbezogenen Funktionen; Kreditantrag**

#### **1. Worum es geht**

Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat ein Kreditbegehren von Fr. 2 478 000.00 für die Einführung der Standardsoftware *SAP-R/3* durch die Firma *SAP AG* für den Bereich Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF).

#### **2. Ausgangslage**

Die Stadtverwaltung Bern muss über 20 Informatik-Anwendungen ablösen, die grösstenteils auf dem IBM-Grossrechner der Informatikdienste (ID) betrieben wurden und werden. Dieser Ablösungsprozess hat 2000 begonnen und wird voraussichtlich anfangs 2007 abgeschlossen sein. Verschiedene Gründe zwingen die Stadt Bern zu diesem Schritt:

Der veraltete Technologiestand der betroffenen Anwendungen führt dazu, dass die Funktionalität der Anwendungen weder den heutigen noch den künftigen Anforderungen mehr genügen, was bei zum Teil über 20-jährigen Anwendungen nicht verwunderlich ist. Ausserdem führt der veraltete Technologiestand zu Wartungsproblemen, weil ab etwa 2005 die Wartung der zum Teil über 20-jährigen selbstentwickelten Anwendungen auf dem Grossrechner in den ID nicht mehr sichergestellt werden kann.

Die Anwendungen lassen sich zu unabhängigen Funktionsgruppen zusammenfassen und werden deshalb aufeinander folgend abgelöst.

1. In einem ersten Schritt hat die Stadtverwaltung die Standardsoftware *SAP-R/3* für die innerbetrieblichen Funktionen - Finanzen, Controlling, Personal – erfolgreich eingeführt.
2. Der zweite Schritt beinhaltet die Ablösung der einwohnendenbezogenen Funktionen wie Einwohner- und Zivilschutzwesen, Friedhofapplikation und Stimmregister.
3. Anschliessend sind dann noch Spezialfunktionen (z.B. Wahlausmittlung und Ordnungsbussen) abzulösen.

Der vorliegende Kreditantrag *Einführung einer Standardsoftware für die einwohnendenbezogenen Funktionen* bezieht sich auf die zweite abzulösende Funktionsgruppe. Alle übrigen Anwendungen, die nicht auf dieser veralteten Technologie (IBM-Grossrechner) laufen, werden durch die bevorstehenden Ablösungen nicht tangiert.

#### **3. Zukunftsperspektiven und Informatikstrategie 2003**

Bei der beantragten Lösung wird von einer Lebensdauer von mindestens 10 Jahren ausgegangen. Es ist daher sehr wichtig, dass zukünftige Entwicklungen und Anforderungen soweit als möglich berücksichtigt und die Regeln der Informatikstrategie 2003 eingehalten werden.

### 3.1 Prozessunterstützung mit Informatikmitteln

Gemäss der Informatikstrategie der Stadt Bern sind Geschäftsprozesse möglichst durchgängig mit Informatik zu unterstützen und Medienbrüche zu vermeiden. Ein Geschäftsvorfall soll durch eine Instanz möglichst vollständig und abschliessend bearbeitet werden können.

Die Anwendungen sollen basierend auf Geschäftsprozessen benutzungsfreundlich und nach ergonomischen Gesichtspunkten, das heisst mit einer modernen, benutzungsfreundlichen Bedienungsoberfläche konzipiert werden. Die Verarbeitungslogik in den Geschäftsprozessen soll die Anwendenden möglichst optimal unterstützen.

Softwarelösungen aus den achtziger und neunziger Jahren genügen diesen Anforderungen nicht mehr, da sie in erster Linie auf die Optimierung in sich abgeschlossener Funktionen ausgerichtet waren. Geschäftsprozesse gehen aber oft über Funktionen hinweg, was bei älteren Anwendungen zu Schnittstellenproblemen führt.

### 3.2 Langfristige Trends

Da die Komplexität im Informatikumfeld ständig steigt, werden Kern-Anforderungen von Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen nach Möglichkeit durch einheitliche, breit einsetzbare Enterprise-Ressource-Planning-Anwendungen (ERP) abgedeckt, um nach Möglichkeit die Wartung langfristig ganzheitlich sicherstellen zu können. Die Informatikstrategie der Stadt Bern trägt diesem Umstand insofern Rechnung, als „...neue Funktionen ... möglichst mit der für ERP-Anwendungen vorgesehenen Standardsoftware zu unterstützen sind, sofern dies unter Beachtung der Betriebsanforderungen und erforderlichen Schnittstellen bedarfsgerecht möglich und aus einer wirtschaftlichen Gesamtsicht vertretbar ist.“ Dabei hat „...der Datenaustausch zwischen den verschiedenen Anwendungen ... über klar definierte Systemschnittstellen, bei deren Definition und Ausgestaltung die Schnittstellenanforderungen der ERP-Standardsoftware zu beachten sind“ zu erfolgen und die „...Systemschnittstellen sind transparent und effizient zu gestalten und in ihrer Anzahl möglichst gering zu halten“, um den wirtschaftlichen Einsatz der Informatikmittel langfristig sicher zu stellen.

### 3.3 Prozessgestaltung im e-Government-Bereich

Anwendungen im Bereich von e-Government sollen nicht einzeln, sondern auf Grund einer für e-Government festgelegten Strategie und Gesamtarchitektur entwickelt werden. Gemäss der Informatikstrategie der Stadt Bern haben diese „...den Internet-Technologien, der eingesetzten ERP-Standardsoftware und den Sicherheitsanforderungen Rechnung“ zu tragen und „...den Bürgern und Bürgerinnen Nutzen“ zu stiften „...und sich an den Bedürfnissen der Stadtverwaltung und deren Partnerorganisationen“ zu orientieren.

Zurzeit existiert noch keine e-Government-Strategie für die Stadt Bern. Für die Prozessgestaltung im e-Government-Bereich müssen die Daten der Einwohnerinnen und Einwohner jedoch sicher ins Zentrum gestellt werden. Mittelfristig wird eine Prozessunterstützung im Verkehr mit den Bürgerinnen und Bürgern angestrebt. Dabei stehen zurzeit folgende Ziele und Anforderungen im Vordergrund:

- e-Assistance: Unterstützung der Bürgerinnen, Bürger, Dienstleistungsbetriebe und Firmen, Informationen, Auskünfte und Beratungen.
- e-Administration: elektronische „Verarbeitung“, z.B. online An-, Umzugs- oder Abmeldung. Hier sollte es möglich sein, auf möglichst einfache Art und Weise Datenschnittstellen in die Einwohnendenlösung zu realisieren.
- e-Payment: elektronische Zahlungsabwicklung für Bürgerinnen und Bürger sowie Firmen.
- e-Democracy: elektronische Abstimmungen und Wahlen; benötigte Daten kommen auch hier aus der Einwohnendenlösung (z.B. Stimmregister).

In letzter Zeit nimmt der Druck von Bürgerinnen und Bürgern, von Firmen und von der Politik (z.B. Motion Nause/Wasserfällen/Stüchelberger: Zur Verwirklichung von e-Government und

bürgernaher Verwaltung in Bern) ständig zu, e-Government-Funktionen einzuführen. Dieser Druck wird noch durch das schlechte Ranking der Schweiz im e-Government-Bereich verstärkt. Der Bereich Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern kann die stetig wachsenden Ansprüche mengen- und qualitätsmässig ohne diese Funktionen mit dem heutigen Personalbestand nicht mehr bewältigen.

#### **4. Projektbeschreibung**

##### *4.1 Anforderungen*

Zu den Kernaufgaben der Einwohnerdienste gehört das Führen des Einwohnerinnen- und Einwohnerregisters von in- und ausländischen Personen nach den gesetzlichen Vorschriften sowie des Stimm- und Wahlregisters in politischen und kirchlichen Angelegenheiten. Zudem führt die Datenverwaltung der Einwohnerdienste alle postalischen Adressen der Einwohnerinnen, externen Personen, Strassenverzeichnisse. Dabei stellen die Einwohnerdienste das Meldewesen für die verschiedenen Stellen wie Schulen, Feuerwehr, Polizei, Bestattungswesen, Friedhofverwaltung, Vormundschaft, Steuerverwaltung und Kirchgemeinden etc. sicher. Die Einwohnendatenbank ist für die gesamte Stadtverwaltung von zentraler Bedeutung. Sie bildet die Basis für die Erledigung der vielfältigen Aufgaben und ist Garant für einen effizienten und effektiven Service-Public. Viele Dienststellen sämtlicher Direktionen der Stadtverwaltung sind auf diese Daten beziehungsweise einen kontrollierten Zugriff zu ihrer Aufgabenerfüllung angewiesen.

Mit der sich weiterentwickelnden Internettechnologie werden die Daten der Einwohnenden für den Verkehr zwischen der Stadtverwaltung und Bürgerinnen und Bürgern bzw. zu andern Verwaltungen noch wichtiger. Ein Kennzeichen dieser neuen Funktionen sind durchgängige Prozesse, die mit der sicheren Authentifizierung einer Person beginnen, Daten aus Fachanwendungen beziehen und zuletzt beispielsweise mit einer Finanztransaktion (z.B. Rechnung ausstellen oder Bezahlung mit Kreditkarte) abgeschlossen werden. Für eine neue Einwohnendenlösung ist deshalb zwingend, dass sie die notwendigen und umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen unterstützt und sich in die vorhandene Informatik-Infrastruktur einbetten lässt, damit eine Durchgängigkeit der Funktionen gewährleistet wird.

Bei der Wahl der Lösung sind zudem diverse Schnittstellen zu kantonalen und bundesweiten Anwendungen sicherzustellen, damit der Datenaustausch gewährleistet und Doppeleingaben soweit möglich vermieden werden. Die Integration der wichtigsten Schnittstellen ist für die Bearbeitung der Einwohnenden- und der Steuerdaten von grosser Bedeutung.

##### *4.2 Stadtintern*

Verschiedene städtische Fachanwendungen nutzen nicht nur heute sondern auch in Zukunft die Daten der Einwohnenden. Die neue Einwohnendenlösung soll verschiedene Arten des Zugriffs und der Integration unter Beachtung der Sicherheitsregeln zulassen.

##### *4.3 Stadtextern*

Für die Einwohnerdienste ist eine optimale Integration der Schnittstellen zu den Bundesapplikationen – im Vordergrund stehen dabei das Zentrale Ausländerregister (ZAR) bzw. die neue Lösung zentralen Migrationssystems (ZEMIS) – unabdingbar für eine rationelle Verarbeitung der Daten. Die neue Lösung soll deshalb die von den Bundesapplikationen zur Verfügung gestellten Schnittstellen unterstützen.

Eine vor allem für die Steuerverwaltung der Stadt Bern sehr wichtige Schnittstelle ist diejenige zur GERES-Plattform. GERES (GEMEINDEREGISTERSYSTEME) ist eine systemübergreifende Datenplattform, in welcher einwohnendenspezifische Daten gespeichert werden. Diese Daten werden für das Steuerregister, die Volkszählung und den Datenaustausch mit andern

Gemeinden genutzt. Bei der Realisierung der vorgeschlagenen Lösung muss daher besonders darauf geachtet werden, dass die Plausibilitätsprüfungen (automatischer Datenabgleich) möglichst mit denjenigen der GERES-Plattform übereinstimmen und die Steuerverwaltung dadurch möglichst wenig Fälle bereinigen muss.

Zudem kann eine entsprechende Schnittstelle an die Anbindung von INFOSTAR (Elektronisches Zivilstandswesen wie Heimatscheine, Ehescheine etc.) gewährleistet werden.

#### 4.4 Ziele

Die Beschaffung einer neuen Einwohnerdienstsoftware steht im Kontext mit der generellen Strategie des Bereichs Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern, die Geschäftsprozesse möglichst effizient, qualitativ hoch stehend, bürgerinnen- und bürgernah sowie kostengünstig abzuwickeln. Die zu realisierende Informatiklösung orientiert sich deshalb an folgenden Zielen:

- hohe Bedienungsfreundlichkeit
- umfassende Nutzung des Client/Server-Prinzips für die Informationsspeicherung und Informationsverarbeitung
- umfassender Funktionsumfang basierend auf öffentlich zugänglichen Industriestandards
- optimale Behandlung der Schnittstellen, weitgehende Vermeidung von Datenredundanzen, einfache Verfahren zur Datensynchronisation zwischen einzelnen Systemen
- zeitgemässe Softwarearchitektur sowie vollumfängliche Berücksichtigung der stadtwweit gültigen IT-Standards und der bereits eingesetzten IT-Produkte für die Bürokommunikation und eine vollständige Integration in die bestehende Netzinfrastruktur
- Entwicklungs- und Integrationsfähigkeit für e-Government und durchgängige Prozesse
- Einhaltung des Datenschutzes und der Sicherheitsregeln
- hohe Betriebssicherheit
- Verkürzung der Wartezeiten der Einwohnerinnen und Einwohner am Schalter.

#### 4.5 Vorstudie

In einer umfangreichen Vorstudie der Firma pcn (public consultants network) wurden mögliche Grundvarianten identifiziert.

Ausgeschieden wurden eine Eigenentwicklung der Stadt Bern und eine Individualentwicklung einer Lösung für die Stadt Bern zusammen mit der kantonalen Steuerverwaltung als Erweiterung der GERES-Plattform. Die Vorstudie zeigte, dass die Individualentwicklung zusammen mit der kantonalen Steuerverwaltung als Erweiterung der GERES-Plattform nicht nur grosse Nachteile in den Bereichen Schnittstellen zu den andern städtischen Anwendungen und Gestaltung von durchgängigen Prozessen aufweisen würde, sondern auch massiv teurer zu stehen käme als eine auf dem Markt käufliche Lösung. Die Variante „Individualentwicklung“ zusammen mit der kantonalen Steuerverwaltung wurde deshalb verworfen. Die GERES-Plattform wird jedoch über eine geplante Schnittstelle unterstützt. Die Stadt Bern soll genau gleich wie die andern Gemeinden des Kantons Bern an dieser Datenaustauschplattform teilnehmen.

Aufgrund der Vorstudie wurde deshalb entschieden, eine Lösung auf Grund einer offenen Ausschreibung zu beschaffen. Das dazu erforderliche Pflichtenheft wurde im März 2005 fertig gestellt. Die Publikation der Ausschreibung erfolgte am 16. März 2005. Interessierte Firmen konnten die Ausschreibungsunterlagen anfordern und per 13. Mai 2005 eine Offerte einreichen.

#### 4.6 Submission

In einem Pflichtenheft mit Kriterienkatalog wurden die Anforderungen an die neue Einwohnerdienst-Software der Stadt Bern formuliert. Das städtische Beschaffungsbüro hat mit diesen Unterlagen für den oben erwähnten Beschaffungsgegenstand ein offenes Verfahren durchgeführt. Insgesamt haben acht Anbieter fristgerecht ihre Angebote eingereicht. Die Preisspanne bei der Offerteingabe bewegte sich bei den einmaligen Kosten zwischen rund 0,5 Mio. Franken und 1,4 Mio. Franken. Entsprechend den Angebotspreisen erfüllten die Offerten die Anforderungen an die neue Einwohnerdienst-Software von völlig ungenügend bis gut.

Die eingereichten Offerten wurden anhand eines zum Voraus definierten Bewertungssystems systematisch und einheitlich von einem Evaluationsteam bewertet. Die Bewertungen wurden anschliessend mit dem standardisierten Evaluationstools EVAL+ ausgewertet und verglichen. Um die Offerten auch kostenmässig vergleichbar zu machen, wurden zudem die einmaligen und die wiederkehrenden Kosten aufgrund der Offertangaben verifiziert und wo erforderlich ergänzt. Nach aufwändigen Evaluationen stand die angebotene SAP-Lösung als bestes Angebot gemäss Zuschlagskriterien fest.

Neben den vielen formalisierten Kriterien des Evaluationsprozesses können folgende Vorzüge der gewählten Lösung von SAP aufgeführt werden:

- Die Stadtverwaltung betreibt bereits diverse SAP-Systeme und setzt viele Anwendungen und Funktionen von SAP ein. Das SAP-Know-how, die Informatikorganisation wie auch die notwendigen Prozesse (z.B. für die Aufnahme von neuen Anwendenden und die Verwaltung der Zugriffsberechtigungen) sind eingespielt.
- Die SAP-Systeme der Stadtverwaltung sind für hohe Datenmengen und viele gleichzeitige Benutzende ausgelegt.
- Wichtige Schnittstellen sind in der neuen Einwohnendenlösung standardmässig vorhanden. Das SAP-System verfügt über eine zertifizierte Schnittstelle zu dem sich bei den EMF im Betrieb befindlichen Dokumentenmanagement- und Workflow-System.
- Die Verbindung zu anderen Funktionen wie z.B. dem Rechnungswesen ist optimal und ist eine sehr wichtige Voraussetzung, um e-Government-Funktionen einzuführen, weil viele e-Government-Prozesse mit einer Rechnungstellung oder mit e-Payment abgeschlossen werden.
- Die Firma SAP ist für die Zukunft bestens gerüstet. Die Weiterentwicklung der Produkte ist über längere Zeit gesichert, ein absolut professionelles Versions-Management kann garantiert werden. Die Firma SAP hat in den grösseren öffentlichen Verwaltungen mittlerweile eine starke Stellung.
- SAP hat erkannt, dass das Einwohnendenwesen ein unabdingbarer Bestandteil von e-Government ist und engagiert sich deshalb stark auf diesem Gebiet.
- Die Stadt Biel betreibt SAP-Systeme im selben Umfang wie die Stadt Bern. Sie führt zurzeit die SAP-Lösung für das Einwohnendenwesen ein. Das Projekt befindet sich in der Konzeptphase. Aus dieser Situation ergeben sich Synergiepotenziale, in dem diese beiden Städte Funktionen austauschen oder gemeinsam entwickeln können. Biel verfügt bereits über SAP-basierende e-Government-Funktionen.

Die Beschaffungskommission hat am 19. August 2005 den Zuschlag gemäss Antrag an die Firma SAP erteilt.

## **5. Beschreibung der beantragten Lösung**

Die SAP AG entwickelt zurzeit eine Standardlösung und will diese auf dem schweizerischen wie auch auf dem europäischen Markt anbieten. An der Entwicklung der SAP-Lösung ist die Stadt Biel massgeblich mitbeteiligt.

Durch die aktive Mitarbeit der Stadt Biel bei der Entwicklung der Lösung unter Verwendung von vorhandenen modernen Standard-Werkzeugen und –Lösungen der SAP wird eine Standardlösung realisiert, die im Feld und nicht im Labor entwickelt wird. Die Stadt Bern hat gemäss Zusicherung der SAP ebenfalls die Möglichkeit, ihre speziellen Anforderungen einbauen zu lassen.

Die SAP-Lösung basiert auf bereits bestehenden Komponenten. Zentrales Element ist die Customer-Relationship-Management-Lösung (CRM) mit dem vorhandenen „Modul“ Business Partner (Geschäftspartner). Es bietet bereits standardmässig eine Vielzahl an Funktionalitäten und standardisierten Erweiterungsmöglichkeiten. Die Stadt Bern hat die CRM-Funktionalität bereits seit einiger Zeit im Betrieb.

Die Einwohnendenlösung soll auf der bestehenden SAP-Infrastruktur der Stadtverwaltung Bern betrieben werden, wobei die CRM-Systeme ausgebaut und zusätzlich zwei kleinere Systeme (Produktion und Test) für das Verarbeiten der Schnittstellendaten eingesetzt werden. Zudem wird mit der neuen Einwohnendenlösung von SAP die Schnittstelle zu dem bestehenden elektronischen Archiv- und Workflow-Management-System (Projekt Image Link) in den EMF vollumfänglich gewährleistet.

## **6. Datenschutzkonzept**

Synchron mit der Projektarbeit für die Umsetzung der Lösung wird ein Datenschutzkonzept ausgearbeitet, das alle wichtigen Aspekte wie z.B. Zugriffsrechte, Kontrollmassnahmen, Prozesse und Archivierung beinhaltet. Der Datenschutzbeauftragte der Stadt Bern wird bereits bei der Ausarbeitung beigezogen.

## **7. Realisierung und Schulung**

Um das Projekt erfolgreich initiieren, umsetzen und abschliessen zu können, müssen die notwendigen Personalressourcen (Aushilfen EMF) sichergestellt werden. Hierzu werden die notwendigen Vorkehrungen in der Personal- und Einsatzplanung getroffen und temporär externes Aushilfspersonal eingestellt.

Um die Einführung der neuen Einwohnendenlösung sicherzustellen, wird in Zusammenarbeit mit dem Lieferanten, den Informatikdiensten der Stadt Bern sowie den Einwohnerdiensten, Migration und Fremdenpolizei der Stadt Bern ein on-the-job-Schulungskonzept ausgearbeitet, welches es ermöglichen wird, die neue Software neben dem laufenden Tagesgeschäft einzuführen.

## 8. Terminplan

Die Einführungsplanung sieht folgende Meilensteine vor:

Konzeptphase Standardfunktionalität, Schulungen, Test- und Migrationsphase	Januar bis September 2006
Produktivstart Standardfunktionalität	November 2006
Konzeptphase Zusatzfunktionen und Schnittstellen, Test- und Migrationsphase	Januar bis Mai 2007
Produktivstart Zusatzfunktionalitäten	Juli 2007

## 9. Kosten

Einmalige Kosten

<i>Interne Kosten</i>		715 000.00
Projektmanagement	250 000.00	
Projektarbeiten der Projektteams	465 000.00	
<i>Externe Kosten</i>		1 429 000.00
Offerte SAP:	1 227 000.00	
Entwicklungsanteil, Customizing <sup>1</sup> , Einführung, Detailkonzept, Unterstützung		
Hardware		
Rechenzentrum: Serverausbauten	60 000.00	
EMF: Umtausch 17" gegen 19" Bildschirme	8 000.00	
Ausbildungsaufwand	30 000.00	
Aushilfen in den EMF		
Ersatz des im Projekt arbeitenden EMF- Personals <sup>2</sup>	0.00	
Schulung der Aushilfen für Einsatz und Nacher- fassung	6 000.00	
Aushilfen in den EMF für Nacherfassungen <sup>3</sup>	98 000.00	
<i>Projektierungskredit für Submission<sup>4</sup></i>		150 000.00
<i>Unvorhergesehenes 8%</i>		184 000.00
<b>Total einmalig</b>		<b>2 478 000.00</b>

<sup>1</sup> Anpassen einer Software an die entsprechende Organisation und Anforderungen

<sup>2</sup> Bereits in den internen Kosten enthalten

<sup>3</sup> Zum Vergleich: In Thun mit 40 000 Einwohnenden fielen Fr. 30 000.00 für die Nacherfassung an.

<sup>4</sup> GRB Nr. 1875 vom 1. Dezember 2004

## Wiederkehrende Kosten

a) Kapitalfolgekosten<sup>5</sup>

		1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	10. Jahr
Restbuchwert		2 478 000.00	2 230 200.00	1 982 400.00	247 800.00
Abschreibungssatz	10.00%	247 800.00	247 800.00	247 800.00	247 800.00
Zinssatz	3.53%	90 445.00	81 400.00	72 360.00	9 045.00
<b>Total</b>		<b>338 245.00</b>	<b>329 200.00</b>	<b>320 160.00</b>	<b>256 845.00</b>

## b) Betriebskosten

Softwarewartung/Lizenzen		138 000.00
Betreuung der Anwendungen und Schnittstellen <sup>6</sup>		182 000.00
Betrieb der Systeme im Rechenzentrum		77 000.00
<b>Total</b>		<b>397 000.00</b>

**10. Nutzen***10.1 Quantitativer Nutzen*

a) Bei der Realisierung des Vorhabens fallen folgende Kosten weg:

Die Kosten des Betriebs der heutigen Einwohnendenlösung fallen weg.

Diese haben sich im Laufe der letzten Jahre reduziert, weil stufenweise Kosten (Amortisation der Entwicklung der Anwendungssoftware und der Hardwarekosten, Reduktion der Pflege, Weiterentwicklung eingestellt) wegfielen.

Jahr	Kosten	Bemerkungen
1995	1 102 000.00	Volle Kosten
2000	754 000.00	Keine Amortisation der Anwendungssoftware mehr.
2005	528 000.00	Keine Amortisation der Anwendungssoftware und der Hardware mehr. Pflege auf das Minimum reduziert, keine Weiterentwicklung mehr.

Jährliche Kosten neue Lösung:

Jahr	Kosten	Bemerkungen
Ab 2007	694 000.00 <sup>7</sup>	Volle Kosten, d.h. Betriebs- und Kapitalfolgekosten

Die jährlichen Kosten der neuen Lösung, die funktional mehr bieten wird, sind deutlich tiefer als die vergleichbaren Kosten der alten Lösung.

Bei der vollumfänglichen Ablösung des IBM-Grossrechners fallen Fr. 581 600.00 für Software-Lizenzen und Hardware-Wartung weg. Diese Einsparung erfolgt erst, wenn alle Anwendungen

<sup>5</sup> Die Hardware müsste in 5 Jahren abgeschrieben werden. Weil der Anteil Hardware jedoch so klein ist, wird wegen der Übersichtlichkeit alles auf 10 Jahre abgeschrieben.

<sup>6</sup> Jährliche Kosten für den Einsatz eines Wirtschaftsinformatikers / einer Wirtschaftsinformatikerin (Vollkosten)

<sup>7</sup> Mittelwert Kapitalkosten über 10 Jahre und Betriebskosten

des IBM-Grossrechners, also auch die Spezialfunktionen, im Laufe des Jahres 2006 abgelöst sein werden.

Diese Angaben wurden bereits beim Kreditantrag für die Einführung einer Standardsoftware für die innerbetrieblichen Funktionen aufgeführt.

- b) Durch eine optimale Anpassung der Lösung an die oben beschriebenen Schnittstellen und externen Lösungen können Doppeleingaben und Datenbereinigungen massgebend reduziert werden. Im Weiteren ist in der beschriebenen Lösung eine zertifizierte Schnittstelle zum bestehenden elektronischen Archiv (ELAR / Image Link) vorhanden. Dies ermöglicht auch in komplexen Fällen eine prozessorientierte Geschäftsabwicklung. Dadurch gelingt es einerseits, die Wartezeiten am Schalter zu reduzieren und andererseits kann das stets steigende Arbeitsvolumen ohne zusätzliches Personal bewältigt werden.

## 10.2 Qualitativer Nutzen

Mit dem Projekt werden nicht bezifferbare Nutzenpotenziale erschlossen. Folgende Wirkungen werden dabei erzielt:

- Die Informatikunterstützung des Einwohnendenwesens ist für längere Zeit gesichert.
- Die Einführung dieser Software stimmt überein mit der Informatik-Strategie der Stadt Bern. Es werden damit die Voraussetzungen geschaffen, damit die Stadt Bern neue innovative und kundinnen- und kundenorientierte Dienstleistungen (Stadtbüro, e-Government) anbieten kann.
- Die ID haben bereits langjährige systemtechnische Erfahrung mit SAP-R/3. Hier können nicht nur Synergien, sondern auch viele vorhandene Produktionsprozesse genutzt werden.
- Die moderne Anwendungsarchitektur, die hohe Verfügbarkeit und Stabilität der Systeme erlauben optimierte Arbeitsabläufe. Die Dienststellen werden effizient unterstützt. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen betrieblichen Bereichen ist dank der Verbesserung des Informationsflusses einfacher. Medienbrüche und Mehrfacherfassungen werden reduziert.
- Mit einem durchgängigen System wird eine grössere Datenaktualität erreicht und die Auskunftsbereitschaft erhöht.
- Es können Synergien durch die Zusammenarbeit mit der Stadt Biel gewonnen werden, indem beispielsweise Entwicklungen gemeinsam realisiert und damit die Kosten geteilt oder Anwendungen ausgetauscht werden können. Dies ist möglich, weil beide Städte die gleichen Systeme in diesen Bereichen einsetzen.

## 11. Folgen bei Nichtrealisierung oder verspäteter Realisierung

Die nun bereits über 20 Jahre alten Anwendungen müssten weiter betrieben werden. Die Softwareentwickler der ID, welche die vorhandene Einwohnendenlösung programmiert haben, wurden im Laufe des Jahres 2005 pensioniert. Das Know-how der Lösungen und der veralteten Technologie müsste mühsam und aufwändig mit andern Personen neu aufgebaut werden. Neue Funktionen, die eine Integration mit andern Daten erfordern, könnten nicht realisiert werden. Die Lösung der dringenden Schnittstellenprobleme, die teilweise massive Mehraufwändungen für die EMF und die Steuerverwaltung verursachen, können nicht behoben werden. Der kostenintensive Betrieb des Grossrechners müsste parallel weitergeführt werden. Dies bedeutet, dass nicht nur parallel verschiedene Systemplattformen, sondern auch unterschiedliche Spezialistentteams unterhalten werden müssen.

## **12. Finanzierung**

Die Abschreibungen und Zinsen werden nach der Produktionsaufnahme des Systems den ID belastet. Sämtliche Kosten der ID werden anschliessend nach Intensität der Nutzung des Systems, wie bereits heute praktiziert, aufgeteilt und an die Dienststellen weiterverrechnet.

## **13. Fakultatives Referendum**

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum nach Artikel 51 Ziffer 3 der Gemeindeordnung.

## **Antrag**

1. Die Vorlage des Gemeinderates an den Stadtrat betreffend der Einführung einer Standardsoftware für die einwohnendenbezogenen Funktionen wird genehmigt.
2. Für die Realisierung wird ein Kredit von Fr. 2 478 000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto I650 0011 (Kostenstelle P650 221) bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Bern, 17. August 2005

Der Gemeinderat